

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Junckers Rede zur Lage der Union](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen gebilligt](#) 3
- [Parlament fordert höheres Budget für Erasmus+](#) 3
- [Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen](#) 4
- [500 Millionen Euro mehr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit](#) 4
- [Sicherstellung der Gasversorgung in der EU](#) 5
- [EU-Parlament verlängert Ausnahmeregel für den internationalen Flugverkehr vom Emissionshandel](#) 5

Europäische Kommission

- [Zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen eingeleitet](#) 6
- [Neue Strategie für die europäische Industriepolitik](#) 6

Sonstiges

- [Konferenz zur Zukunft der grünen Mobilität in Brüssel](#) 7
- [Neue EU-Behörde für ArbeitnehmerInnenrechte angekündigt](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Junckers Rede zur Lage der Union

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat am 13. September vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg seine Rede zur Lage der Union 2017 gehalten. Juncker legte darin einen Fahrplan für ein stärkeres, gerechteres und geeinteres Europa vor.



In der Rede stellte Juncker einerseits seine Prioritäten für das Jahr 2018 vor, andererseits skizzierte er eine Vision, wie sich Europa bis zum Jahre 2025 weiterentwickeln könnte. Juncker zeichnete ein positives Bild vom aktuellen Weg der EU, plädierte für noch mehr Integration und eine stärkere Rolle der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen.

Juncker forderte zunächst, den positiven Kurs fortzusetzen, und betonte, dass aktuell viele Länder Schlinge stehen, um mit der EU Freihandelsabkommen abzuschließen. Er schlug gleichzeitig vor, solche Verhandlungen mit Australien und Neuseeland aufzunehmen. Er forderte erneut die Autoindustrie auf, den Schaden der Kunden wiedergutzumachen. Außerdem stellte er die neue Strategie für die europäische Industriepolitik vor, die sich auf Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO2-Emissionen fokussiert. Er betonte zudem die wichtige Rolle der EU in Bezug auf Solidarität gegenüber Geflüchteten, bei der Bekämpfung des Klimawandels sowie bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika.

Unter dem Motto „Segel setzen“ plädierte

Juncker anschließend dafür, den nächsten Schritt der Integration zu machen und stellte sein persönliches Szenario für die EU 2025 vor. Er betonte zunächst die Rolle gemeinsamer Werte. Er forderte gleichen Lohn für Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten und eine europäische Arbeitsmarktbehörde. Europaweite Gleichbehandlung soll es außerdem auch bei der Lebensmittelqualität geben. Zudem forderte er die Ausweitung sowohl des Euroraumes als auch des Schengenraumes auf die gesamte Union.

Schließlich forderte er auch institutionelle Reformen, nämlich eineN EuropäischeN Finanz- und WirtschaftsministerIn, eine Außenpolitik mit qualifizierter Mehrheit sowie eine Rückgabe von Befugnissen an die Mitgliedstaaten. Schließlich überlegte er eine Fusion des Amtes des Präsidenten der Europäischen Kommission mit dem des Präsidenten des Europäischen Rates. Die Rede ist [hier](#) im vollen Wortlaut nachzulesen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen gebilligt

Das Europaparlament hat am 13. September Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und Erhöhung der CO₂-Bindung durch Wälder gebilligt. Dadurch soll ein Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet werden.

Der Gesetzesvorschlag verpflichtet die Mitgliedstaaten, einen Ausgleich zwischen CO₂-Emissionen und CO₂-Bindung durch Wälder, Ackerland und Grasland zu erreichen. In Übereinstimmung mit den langfristigen Zielen der EU und dem Pariser Abkommen soll zudem ab 2030 mehr CO₂ absorbiert als ausgestoßen werden.

Die Berechnung erfolgt dabei in Fünfjahreszeiträumen. Sollte die CO₂-Bindung von Staaten die Emissionen durch Landnutzung im ersten Fünfjahreszeitraum übersteigen, kann dieser Überschuss als Gutschrift auf den nächsten Fünfjahreszeitraum übertragen werden. Die

Mitgliedsländer können diese Gutschriften auch nutzen, um die in der Lastenteilungsverordnung festgelegten Emissionsreduktionsvorgaben einzuhalten.

Die Mitgliedstaaten werden über ihre Emissionsstatistik jährlich berichten. Die Ziele sollen in zwei Fünfjahreszeiträumen erreicht werden, nämlich 2021-2025 und 2026-2030. Wenn ein Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen in einem der Zeiträume nicht nachkommt, wird der Fehlbetrag von seinen Zuweisungen im Rahmen der Lastenteilungsverordnung abgezogen.

[Mehr Informationen](#)

Parlament fordert höheres Budget für Erasmus+

Das Europäische Parlament hat in einer Entschließung am 14. September eine Erhöhung der Mittel für das Erasmus+ Programm nach 2020 gefordert. Das Erasmus+ Programm ist das Programm der Europäischen Kommission, um Studierenden, Lehrlingen und PraktikantInnen Auslandsaufenthalte zu ermöglichen.

Durch eine Budgeterhöhung könnte dem Europaparlament zufolge das volle Potential von Erasmus+ entfaltet werden. So könnten nicht nur mehr Leute, sondern auch neue Gruppen erreicht werden. Das Geld für die Budgeterhöhung soll auch aus dem Regional- und dem Sozialfonds kommen. Das Europaparlament betonte die aktuelle Gefahr, dass hochqualitative Projekte wegen Ressourcenmangels nicht zustande kommen könnten.

Neben mehr Geld empfiehlt das Parlament zudem, die gegenseitige Anerkennung von ECTS-Punkten zu erleichtern und mehr Fokus auf lebenslanges Lernen unter Einbeziehung informellen Lernens zu legen. Das Parlament unterstützt zudem eine Vereinbarung mit Großbritannien, die auch nach dem Brexit einen Austausch über das Erasmus+ Programm ermöglicht.

[Mehr Informationen](#)



Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen

Das Europaparlament hat am 14. September einen Vorschlag der Kommission für einen „Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit“ angenommen. Der Vorschlag sieht vor, dass wichtige Produkte und Dienstleistungen, wie etwa Telefone, Bankomaten oder Bankdienstleistungen für Menschen mit Behinderungen leichter zugänglich gemacht werden.

Der Entwurf für einen „Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit“ legt Bestimmungen für verbesserte Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen fest. Es geht dabei u.a. um Bank-, Fahrausweis- und Check-In-Automaten, Computer und Betriebssysteme, Telefone und TV-Geräte, Bankdienstleistungen, elektronischen Handel sowie um Verkehr. Das Europaparlament hat der Liste weitere Punkte hinzugefügt, wie zum Beispiel Zahlungsterminals, E-Book-Lesegeräte und Webseiten.

Der Rechtsakt legt fest, welche Dienste und Produkte leichter zugänglich gemacht werden sollen, nicht jedoch mittels welcher technischen Maßnahmen dies geschehen soll. Die Barrierefreiheitsanforderungen gelten

auch für die bauliche Umwelt, in der die Dienstleistung erbracht wird. Eine Ausnahme soll für Kleinunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern und einem Jahresumsatz bzw. einer Jahresbilanz von unter zwei Millionen Euro gelten. Der Gesetzestext enthält darüber hinaus Bestimmungen, um eine „unverhältnismäßige Belastung“ der Unternehmen zu vermeiden.

In der EU leben mehr als 80 Millionen Menschen mit Behinderungen. Es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2020 aufgrund der alternden Bevölkerung rund 120 Millionen Menschen in der EU Behinderungen haben werden.

[Mehr Informationen](#)

500 Millionen Euro mehr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Das Europaparlament hat am 13. September 500 Millionen Euro mehr für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen gebilligt. Bis 2020 wird die Initiative um mehr als 1,2 Milliarden Euro aufgestockt.

Das Europaparlament hat die Kommission zudem dazu aufgerufen, das Budget bis Ende des Jahres abzurufen. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ist eine der Hauptfinanzierungsquellen der EU zur Unterstützung der Umsetzung der Jugendgarantie. Sie wurde 2013 zur Unterstützung von jungen Menschen in den Regionen eingeleitet, in denen die

Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 mehr als 25 % betrug. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen EU-Staaten immer noch doppelt so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosenrate.

[Mehr Informationen](#)



Sicherstellung der Gasversorgung in der EU

Das EP hat Regeln angenommen, die für ein EU-Land mit dringendem Gasversorgungsengpass grenzübergreifende Unterstützung durch seine Nachbarn auslösen.

Priorität haben dabei eine ausreichende Gasversorgung für Privathaushalte sowie grundlegende soziale Dienste wie Krankenhäuser. Ein Mitgliedstaat kann den Solidaritätsmechanismus auslösen und andere Mitgliedstaaten auffordern, bei der Bewältigung einer schweren Versorgungskrise zu helfen. Es werden drei Energieversorgungs-Krisenstufen eingeführt, nämlich Frühwarnung, Alarm und Notfall.

Die neuen Vorschriften sehen zudem vor, dass vier „Risikogruppen“ von Mitgliedstaaten

eingerrichtet werden, die gemeinsame Risikobewertungen durchführen sowie gemeinsame Präventions- und Notfallmaßnahmen aufstellen. Außerdem soll die Kommission alle Gaslieferverträge einsehen dürfen, die für die Versorgungssicherheit wichtig sind.

[Mehr Informationen](#)

EU-Parlament verlängert Ausnahmeregel für den internationalen Flugverkehr vom Emissionshandel

Das Plenum des EU-Parlaments hat am 13. September die Ausnahmeregelung für den internationalen Flugverkehr vom Emissionshandel bis 2020 verlängert. Interkontinentalflüge nehmen also weiterhin nicht am europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) teil, während für Flüge innerhalb der Union Kosten für CO₂-Emissionen anfallen.

Ob Interkontinentalflüge ab 2021 in das EU-ETS aufgenommen werden, will das Parlament davon abhängig machen, ob die Internationale Zivile Luftfahrtorganisation ICAO ein Instrument zur Reduktion und Kompensation von Treibhausgasemissionen im internationalen Flugverkehr einführen wird.

Ab 2021 soll der Luftfahrtsektor jedoch jedenfalls nur 50 % seiner Emissionszertifikate

kostenlos bekommen. Aktuell liegt diese Quote bei 85 %.

Das Europarlament hat außerdem dafür gestimmt, dass im Falle eines harten Brexit sämtliche kostenlosen Emissionszertifikate, die britische Flugunternehmen halten, für ungültig erklärt werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen eingeleitet

Die Europäische Kommission hat am 12. September eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Polen gerichtet. Darin beanstandet sie das Gesetz über die ordentlichen Gerichte.

Mit der mit Gründen versehenen Stellungnahme hat die Kommission nun die **zweite Phase** des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. Die Kommission sieht im unterschiedlichen Pensionsantrittsalter für Richter (65 Jahre) und Richterinnen (60 Jahre) eine Diskriminierung. Außerdem wird die Unabhängigkeit der polnischen Gerichte

angezweifelt, weil es dem Justizminister erlaubt ist, die Amtszeit von RichterInnen nach Erreichen des Pensionsalters nach eigenem Ermessen zu verlängern. Polen sollte nun das beanstandete Gesetz ändern, um eine Klage vor dem EuGH zu verhindern.

[Mehr Informationen](#)

Neue Strategie für die europäische Industriepolitik

Die Europäische Kommission hat am 18. September eine neue Strategie für die europäische Industriepolitik präsentiert. Mit dieser soll die europäische Industrie auch weiterhin für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze sorgen.

Die Strategie soll dabei helfen, dass europäische Unternehmen bei Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO2-Emissionen weltweit Nummer eins bleiben oder werden. Mit der EU-Strategie für die Industriepolitik bündelt die Kommission nun alle bestehenden und neuen Initiativen in einer umfassenden Industriestrategie. Darin werden auch die Aufgaben geklärt, die auf

alle beteiligten Akteure zukommen, und Foren zum Austausch dargelegt.

Zu den wichtigsten neuen Elementen der EU-Strategie zählen u.a. ein Paket zur Cybersicherheit und neue Vorschläge für saubere, wettbewerbsfähige und vernetzte Mobilität.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Konferenz zur Zukunft der grünen Mobilität in Brüssel

Die NGO „Transport & Environment“ lud am 6. September 2017 zu einer hochrangigen Konferenz in Brüssel ein. Es wurde über zukünftige CO2-Standards von Fahrzeugen, Elektrofahrzeuge und Trends diskutiert.

Die TeilnehmerInnen führten aus, dass in Kalifornien und China die Richtung für emissionsarme Mobilität vorgegeben wird. Diese Länder seien Europa bereits weit voraus. Die zukünftige Mobilität erfordere völlig andere Fähigkeiten am Arbeitsmarkt. Man werde sich in der Ausbildung umstellen müssen, denn auf die Autoindustrie kommen durch E-Mobilität, Car-Sharing und autonomes Fahren massive Veränderungen zu.

Die Europäische Kommission gab Einblick in den geplanten Vorschlag zur Einsparung von klimaschädlichen Gasen im Transport, der im November vorgelegt wird. 20 % der Emissionen klimaschädigender Gase seien dem Straßenverkehr zuzurechnen. Wenn man nicht gegensteuere, würde dieser Anteil auf 40 % ansteigen. Dies müsse bei der Ausarbeitung des Gesetzesvorschlags über die zukünftigen Standards der CO2-Emissionen von Autos berücksichtigt werden. Zukünftige Ziele für CO2-Emissionen müssen der Kommission zufolge ambitioniert, aber

erreichbar sein. Umschulungen von ArbeitnehmerInnen in der Autoindustrie seien jedenfalls unerlässlich, weil andere Fähigkeiten und Qualifikationen gebraucht werden. Der Anteil der Fahrzeuge mit keinen oder niedrigen Emissionen müsse substantiell steigen, eventuell mittels eines Anreizsystems.

Die anderen PanelteilnehmerInnen monierten das fehlende einheitliche System für das Laden von Batterien. Es sei derzeit noch viel zu kompliziert in den EU-Mitgliedstaaten. Auch bei der Produktion von Batterien hänge Europa hinterher. Batterien werden vor allem in den USA und China gebaut, dadurch verlagern sich auch Arbeitsplätze von Europa in diese Länder, dies müsse man sich bewusst machen. Europäische Batteriehersteller wünschen sich klare Recycling-Ziele, dies würde europäische Hersteller gegenüber den chinesischen Konkurrenten stärken.



Neue EU-Behörde für ArbeitnehmerInnenrechte angekündigt

In seiner Rede zur Lage der Union betonte Jean-Claude Juncker die Rolle des ArbeitnehmerInnenschutzes bei einer erfolgreichen Zukunft der Union. Er kündigte u.a. die Gründung einer neuen EU-Behörde für ArbeitnehmerInnenrechte an.

Diese Behörde soll für Fairness im EU-Binnenmarkt sorgen. Die neue europäische Aufsichts- und Umsetzungsbehörde soll sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden. Es sei Juncker zufolge untragbar, dass ArbeitnehmerInnen für die gleiche Arbeit am gleichen Ort nicht gleich bezahlt werden. Damit spielte er insbesondere auf auch in Österreich aktuell geführte Diskussionen über die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit und die EU-Entsenderichtlinie an.

Er forderte zudem von den Mitgliedstaaten die Bekämpfung des Sozialdumpings und eine Einigung über eine europäische Säule sozialer Rechte. Zwar räumt er ein, dass die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten auch langfristig eigenständig bleiben sollen, allerdings soll es künftig einen europäischen Konsens über Sozialstandards geben.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Initiative zu Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten](#)

Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit
12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#)

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz
16. August 2017 - 17. November 2017

[Public consultation on the evaluation of the Batteries Directive](#)

Umwelt
6. September 2017 - 28. November 2017

[Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluation der Europäischen Umweltagentur und des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes](#)

Umwelt, Klimapolitik
17. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

[Öffentliche Konsultation zum EU-Rückkehrausweis \(EU ETD\)](#)

12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Evaluation des Europäischen Pilotprogramms zur Verifizierung von Umwelttechnologien](#)

Umwelt, Kreislaufwirtschaft
31. Juli 2017 - 10. November 2017

[Rationellere Verwirklichung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes TEN-V](#)

Verkehr
1. August 2017 - 9. November 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie

Reduzierung der Treibhausgasemission, Elektrizitätsnetzwerke, Gasnetzwerke, Heizungsnetzwerke, Solarenergie, Windenergie	<u>COMPETITIVE LOW-CARBON ENERGY*</u>	07/09/2017	€ 420.000.000
Effiziente Wassernutzung, neue Technologien, Innovation, Energie	<u>Inducement prize: Zero Power Water Infrastructure Monitoring</u>	forthcoming	€ 2.000.000
Klimawandel, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation, Investitionen	<u>HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - CO2 REUSE</u>	03/04/2019	€ 1.500.000
Erneuerbare Energien, Gebäude, Krankenhäuser	<u>HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - LOW CARBON HOSPITAL</u>	03/04/2019	€ 1.000.000
Erneuerbare Energien, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation	<u>HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - PHOTOVOLTAICS MEETS HISTORY</u>	26/09/2018	€ 750.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Mag. Michael Mingler

Abbildungsverzeichnis

[http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?
sitelang=en&ref=035173#0](http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?sitelang=en&ref=035173#0)

[http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?
sitelang=en&ref=035173#9](http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?sitelang=en&ref=035173#9)